Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Aufgrund des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG) vom 24.07.2012 (GVBl. S. 366) erlässt die Stadt Amberg folgende Satzung:

§ 1 Gegenstand der Änderung

Die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 06.11.1995 (Amtsblatt der Stadt Amberg Nr. 22 vom 18.11.1995), zuletzt geändert am 08.04.2011 (Amtsblatt der Stadt Amberg Nr. 8 vom 15.04.2011), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Buchstabe j wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.
2. In § 3 Abs. 2 Unterabsatz 3 wird die Gesetzesbezeichnung „BBesG“ durch „BayBesG“ ersetzt.
3. § 3 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
Stadtratsmitglieder, die Beschäftigte sind, haben für die Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse außerdem Anspruch auf Ersatz des entstandenen Verdienstauffalls. Selbständig Tätige erhalten auf Antrag einen Pauschalsatz von 38,00 Euro je Sitzung des Stadtrates bzw. der Ausschüsse für den entstandenen Verdienstauffall. Andere Stadtratsmitglieder, die keine Ersatzansprüche nach Satz 1 und 2 haben, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich durch die Teilnahme an Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder das Heranziehen einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag ebenfalls einen Pauschalsatz von 38,00 Euro je Sitzung.
4. In § 3 Abs. 4 wird „der Stufe B“ gestrichen.

§ 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Amberg in Kraft.

Amberg, den.....

Michael Cerny
Oberbürgermeister